

INHALT

VORWORT	7
1 DIE BEDEUTUNG MIGRANTISCHER COMMUNITYS FÜR DIE DEUTSCHE POLITIK	13
Migrant:innen als Ressource der Zukunft versus »Fluten« und »Ströme«	20
Migrantisch ist nicht gleich migrantisch	25
Der steinige Weg zu politischer Relevanz	33
2 VERSÄUMNISSE DEMOKRATISCHER PARTEIEN	41
Demokratische Parteien auf Social-Media-Plattformen: Ein Kanzler geht auf TikTok	50
Von Narben und leeren Versprechen	58
Wenn »Partei der offenen Tür« nur ein Lippenbekenntnis ist ...	62
In guter alter deutscher Tradition: Ignoranz gegenüber migrantischen Wähler:innen	67

3	STRATEGIEN ANTI-DEMOKRATISCHER UND POPULISTISCHER PARTEIEN	83
	Community-Ansprache der AfD	85
	Im Fokus: Russlanddeutsche, Türkeistämmige und Muslim:innen	88
	Digitaler Aufschlag: Ressourceneinsatz, Professionalisierung, Schnittmengen	97
	Das Bündnis Sahra Wagenknecht – Projektionsfläche und <i>stand alone</i>	111
4	DIE MACHT DER ALGORITHMEN	127
	Algorithmische Politik auf Social Media	129
	Von überschätzten Echokammern und unterschätzten Affordanzen auf TikTok	132
	Migrantische Influencer:innen und ihre politische Reichweite . .	136
	Wie ein Wahlkampf einen neuen Prototyp hervorbrachte	148
	 AUSBlick	 155
	 ANMERKUNGEN	 162
	 DANK	 173

VORWORT

In Deutschland zeichnet sich eine beunruhigende Entwicklung ab: Während demokratische Parteien es versäumen, um migrantische Communitys wirkungsvoll zu werben, haben anti-demokratische und populistische Kräfte sie längst als potenzielle Wähler:innen ins Visier genommen. Je nach Szenario könnten Migrant:innen bei der nächsten Bundestagswahl, voraussichtlich 2029, zum Game-changer werden.

Die politische Landschaft Deutschlands hat sich in den vergangenen Jahren stark verändert. Gesellschaftliche Umbrüche, wirtschaftliche Herausforderungen, internationale Kriege, ein angespannter Wohnungsmarkt, der demografische Wandel und die zunehmende Polarisierung der politischen Debatten prägen unsere Gegenwart. Migration spielt dabei eine zentrale Rolle – nicht nur als realer demografischer Faktor, sondern auch als politisches Streitthema, das wie kein anderes die Bundestagswahl 2025 beherrschte. Die AfD trieb die demokratischen Parteien der Mitte vor sich her. Eine gute Figur hat dabei niemand gemacht. Die Frage, wie Parteien mit migrantischen Communitys umgehen, ist daher eine der zentralen Herausforderungen für die Zukunft der deutschen Demokratie.

Migrantische Wähler:innen, sei es in der ersten, zweiten, dritten oder vierten Generation, sind eine wachsende politische Kraft. 2023 hatten 24,9 Millionen Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund – gut ein Drittel der Gesamtbevölkerung. Bei den unter 20-Jährigen haben 42,2 Prozent einen Migrationshintergrund. Unter Berücksichtigung des Einwanderungsbedarfs zum Erhalt des nationalen Wohlstands lässt sich also getrost sagen, dass Deutschlands Zukunft in einigen Jahren mehr als hälftig migrantisch sein wird. Das heißt: Das Wähler:innenpotenzial dieser Gruppe wird weiter steigen.

Dieses Buch beschreibt die Versäumnisse demokratischer Parteien im Umgang mit migrantischen Wähler:innen und Communities. Dabei geht es nicht nur um die unzureichende Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund in politischen Ämtern, als Kandidat:innen, Landtags- oder Bundestagsabgeordnete, sondern vor allem um die Frage, warum demokratische Parteien in den vergangenen Jahren keine gezielte Strategie zur Ansprache dieser Wählergruppe entwickelt haben. Die Migrantisierung der Wählerschaft hat sich lange abgezeichnet.

Obwohl zahlreiche Studien und die politischen Aktivitäten migrantischer Menschen und Communities widerlegen, dass Menschen mit Migrationshintergrund politikfern sind, hält sich dieses Narrativ hartnäckig im öffentlichen Bewusstsein. Schon lange wissen wir, dass sich die sogenannte Gastarbeiter:innen-Generation direkt nach ihrer Ankunft in der Bundesrepublik politisch aktiv engagiert hat, zum Beispiel für das kommunale Wahlrecht.

Migrantische Menschen sind so politisch oder unpolitisch wie

nicht-migrantische Menschen auch – die Wahlberechtigten unter den Migrant:innen werden nur schlicht nicht ernsthaft angesprochen. Dabei sind sie ein selbstverständlicher Teil der deutschen Wählerschaft mit Interessen, die sich teils mit anderen Interessengruppen überlappen und teils communitybezogen sind. Dennoch werden sie oft – wenn überhaupt – ausschließlich in integrationspolitischen Kontexten verortet. Andere Themen wie soziale Gerechtigkeit, Arbeitsmarkt-, Steuer-, Bildungs-, Wirtschafts- oder Friedenspolitik werden hingegen selten in Zusammenhang mit den spezifischen Bedürfnissen dieser Gruppe gebracht.

Die in Teilen gesichert rechtsextreme AfD¹ und das populistische BSW haben das strategische Potenzial dieser Gruppe dagegen erkannt. Trotz des Profils als migrationsfeindliche Partei wirbt die AfD gezielt um Migrant:innen und versucht, sie als Kandidat:innen zu rekrutieren. Das hilft der Partei, ihre als »bürgerlich« maskierten Botschaften glaubwürdiger zu kommunizieren und Rassismuskritik entgegenzutreten. Sie verfolgt dabei eine paradoxe Doppelstrategie: Einerseits stigmatisiert sie Migrant:innen und schürt Ängste vor einer vermeintlichen »Überfremdung«, andererseits wirbt sie aktiv um migrantische Wähler:innen, indem sie bestimmte migrantische Zielgruppen überzeugend und mithilfe eines hohen Ressourceneinsatzes auf Social-Media-Plattformen anspricht. Damit gewinnt sie die Herzen von Nutzer:innen und *content creators* aus diesen Communitys. Migrantische Influencer:innen multiplizieren dadurch AfD-Botschaften in einer authentischeren und vertrauensvolleren Form in ihre Communitys.

Für das als Parteineugründung noch junge Bündnis Sahra Wagenknecht gilt das ebenfalls, wenn auch die digitalen Strategien des BSW bisher nicht so vielfältig und -schichtig sind wie die der AfD. Vor der Europawahl 2024 erlebten wir dennoch einen Hype um Sahra Wagenknecht, den die Partei digital und die Professionalität betreffend auf hohem Niveau ausschlichten konnte.

Die Strategie der AfD zeigt erste Erfolge. In Umfragen konnte sie gerade in bestimmten migrantischen Milieus überdurchschnittlich hohe Stimmenanteile erzielen. In postsowjetischen Communities ist ihr Wählerpotenzial höher als in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Sie hat selbst bei Menschen aus der MENA-Region (Middle East and North Africa / Nahost und Nordafrika) ein Wählerpotenzial, das nicht viel geringer ist als bei Menschen ohne Migrationshintergrund. Das sollte für die demokratischen Parteien ein Weckruf sein, um professionelle und communitybasierte Angebote für migrantische Wähler:innen zu entwickeln. Ansonsten übernimmt eine Partei, die die Demokratie in Deutschland untergraben will, zumindest teilweise eine Wählerschaft mit steigendem politischem Potenzial. Und das auch deshalb, weil sich unter Migrant:innen genauso wie in anderen Bevölkerungsgruppen ein Vertrauensverlust in demokratische Parteien und Institutionen eingeschlichen hat. Wie bei vielen Menschen führt auch bei Migrant:innen politische Resignation dazu, dass sich die Protestwähler:innen unter ihnen vermehrt extremistischen und populistischen Parteien zuwenden.

Dieses Buch ist ein Plädoyer für eine politische Neuausrichtung. Es zeigt auf, warum und wie die in Teilen gesichert rechts-

extreme AfD und das populistische BSW migrantische Communities ansprechen – und wie demokratische Parteien genau das versäumen. Insbesondere die digitale Welt bietet demokratiefeindlichen und populistischen Kräften Raum, um ihre Botschaften reichweitenstark zu streuen. Es werden Mechanismen beleuchtet, die bislang eine stärkere politische Teilhabe von Migrant:innen verhindert haben, und Strategien präsentiert, wie sich das sowohl auf der analogen als auch auf der digitalen Ebene ändern lässt. Dieses Buch möchte im Hinblick auf die Zukunft eines Landes, in dem bei der Bundestagswahl 2025 eine in Teilen gesichert rechtsextreme Partei zweitstärkste Kraft geworden ist, dafür plädieren, alle Teile der Gesellschaft in den politischen Prozess einzubinden. Wer migrantische Wähler:innen und Communities weiterhin ignoriert, schwächt nicht nur die eigene Partei, sondern gefährdet langfristig das gesamte demokratische System in Deutschland.

Özgür Özvatan, Berlin, 12. Mai 2025

1 DIE BEDEUTUNG MIGRANTISCHER COMMUNITYS FÜR DIE DEUTSCHE POLITIK

In letzter Zeit wurde ich häufig als Experte in Wahlkreisbüros eingeladen. Als einfacher deutscher Staatsbürger hat mich mein Weg nie dort hingeführt, geschweige denn, dass ich mich eingeladen gefühlt hätte. Warum eigentlich nicht?

Auf den ersten Blick sehe ich aus wie ein migrantischer junger Mann, und die gelten in Deutschland allgemein als politikfern. Bezogen auf meine Familienbiografie könnte man damit allerdings nicht falscher liegen. Sie ist nämlich ein Paradebeispiel für Politiknähe. Mein Vater ist Politologe und hat sein Diplom am renommierten Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin gemacht. Als Gründungsmitglied verschiedener Migrantenselbstorganisationen war er insbesondere in den frühen 1980er Jahren gesellschaftspolitisch aktiv. Seine Mutter, meine Großmutter, war Vertreterin der türkischen Minderheit in der kommunalen Politik ihres Geburtslandes Bulgarien. Auch die Eltern meiner Mutter gehörten zur türkischen Minderheit Bulgariens, ihr Großvater war Gelehrter und Arzt mit überregionalem politischem Einfluss. Meine Mutter ist ausgebildete Erzieherin und hat in diesem Beruf über drei Jahrzehnte in Berlin gearbeitet. Kämen meine Eltern und Großeltern nicht aus der Türkei bzw.

aus Bulgarien und würden sie nicht muslimisch gelesen, klänge das alles ganz schön bürgerlich und politiknah.

Ich selbst schlug zunächst eine ganz andere Richtung ein. Bis 30 war ich Berufsfußballer und talentiert genug, um zweimal für die deutsche und einmal für die türkische Junioren-Nationalmannschaft aufzulaufen. Nun ist die Fußballkultur im Dunstkreis des Profifußballs nicht sonderlich politisch. Viel Lifestyle, noch mehr Glamour und wenig gesellschaftspolitisches Engagement jenseits der vordiktierten Corporate-Social-Responsibility-Termine, die von den Bundesligavereinen für die Spieler organisiert werden. Hätte mich der Fußball auf Dauer in ein politikferneres Milieu ziehen können? Mit Sicherheit. Wäre es ein Verlust für mich gewesen? Mit Sicherheit. Wäre es eine weitere verlorene Stimme für die lebendige Demokratie gewesen? Mit Sicherheit. Es kam anders, aber selbst als Politikwissenschaftler und politischer Analyst fühle ich mich bei den demokratischen Parteien nicht beheimatet und als deutscher Staatsbürger mit Migrationshintergrund auf der Suche nach der richtigen Wahl zunehmend »lost«. Kaum auszudenken, wie politisch *heimatlost* ich als erfolgreicher Fußballer ohne akademische Karriere gewesen wäre. Ich wurde und werde nicht erreicht, und das ist ganz offenkundig ein Versäumnis der demokratischen Parteien.

Dieses Buch soll die Versäumnisse demokratischer Parteien aufzeigen, Menschen wie mich zu erreichen. Menschen, die sich von demokratischen Parteien nicht angesprochen fühlen, die migrantisch sind, in der ersten, zweiten, dritten oder vierten Generation, aber auch kürzlich eingebürgerte Migrant:innen, die erst vor we-

nigen Jahren eingewandert sind, Menschen, die jung sind und ihre politische Erstsozialisation auf Social-Media-Plattformen erleben, die politiknah oder politikfern sind – und unabhängig davon politisch heimatlos. Menschen, die an den demokratischen Parteien verzweifeln, obwohl sie dort politisch aktiv sind.

Dieses Buch will ein Bewusstsein dafür schaffen, wie unerlässlich es für demokratische Parteien ist, migrantische Communitys aktiv in den politischen Diskurs einzubeziehen. Als Wähler:innen, Mandatsträger:innen und Menschen, die dieses Land politisch mitgestalten wollen und sollen. Denn wenn demokratische Parteien das nicht tun, lassen sie eine Lücke, die immer größer wird – und die andere politische Strömungen und Parteien besetzen. Und zwar nicht zum Nutzen, sondern zum Schaden der Demokratie. Wie gut beispielsweise die AfD in dieser Hinsicht aufgestellt ist, hat der Bundestagswahlkampf 2025 gezeigt. Man könnte sagen, für diese Partei zählt wirklich jede Stimme, denn obwohl sie rassistisch, rechtsextrem und migrationsfeindlich ist, wirbt sie auch gezielt um Migrant:innen.

Nimmt die AfD also die Tatsache, dass der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland kontinuierlich steigt, als einzige Partei wirklich ernst? Ja, könnte man provokant antworten. Zwar schürt sie einerseits bewusst Ängste vor und Gewalt gegen Migrant:innen, gleichzeitig aber, und das scheint paradox, wirbt die AfD aktiv um Migrant:innen als Wählergruppe mit Potenzial. Eine Doppelstrategie, die auch beim BSW teilweise zu beobachten ist. Denn das BSW setzt auf Migrationsabwehr und buhlt zeitgleich um die Gunst migrantischer Wähler:innen.

Warum setzen demokratische Parteien dem nichts entgegen? Warum haben sie zugelassen, dass Migrationsabwehr zum alles beherrschenden Wahlkampfthema wird? Warum verschieben sie, mal rhetorisch radikaler (siehe Friedrich Merz, CDU), mal scheinweise (siehe Nancy Faeser, SPD) die Grenzen der deutschen Migrationspolitik hin zu einer Entmenschlichung derer, die aus ihrer Heimat fliehen oder sie aus anderen Gründen verlassen müssen? Warum erkennen demokratische Parteien nicht, dass gerade sie Migrant:innen als Wählende brauchen?

Es ist wahr: Unsere Gesellschaft erfährt eine massive Migrantisierung. Diese Entwicklung wird überwiegend – und immer erfolgreicher – als Bedrohung vermittelt. Nur in Semi-Öffentlichkeiten, vor allem in Fachkreisen, wird sie positiv wahrgenommen. Und das, obwohl der Sachverständigenrat für wirtschaftliche Entwicklung eine Netto-Zuwanderung von 400 000 Personen pro Jahr empfiehlt. Bei einer durchschnittlichen Abwanderung von jährlich etwa 1,1 Millionen Personen seit 2015 bedeutet das, dass wir zum Ausgleich 1,5 Millionen Zugewanderte benötigen, um unseren Wohlstand nachhaltig zu sichern. Die sich daran anschließende Rechnung ist einfach: Gäbe es tatsächlich eine Zuwanderung in dieser Höhe, würden innerhalb der nächsten zehn Jahre 15 Millionen neue Migrant:innen nach Deutschland kommen. Die Erkenntnis gilt in Fachkreisen als Status quo, bei demokratischen Parteien führt sie zu einer rhetorischen Blockade. Trotz des hohen Migrationsbedarfs stimmen sie in die vom rechten Rand getriebene migrant:innen- und migrationsfeindliche Symbolpolitik ein.

Selbst nachdem in der ersten Jahreshälfte 2024 bei Demonstrationen gegen rechts vielerorts Rekordzahlen erreicht wurden – sprich, größere Teile der Bevölkerung von einer Dynamik erfasst wurden, an die man hätte anschließen können –, läutete der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz, getrieben vom rechten Rand, im Spätsommer 2024 eine restriktive Wende in der Migrationspolitik ein. Die Unionsparteien klopfen sich hernach stolz auf die Schultern und redeten sich das SPD-Manöver als Errungenschaft der Opposition schön, während sich die AfD zurücklehnte und zufrieden die Hände rieb. Getoppt wurde diese Entwicklung durch den CDU-Vorsitzenden und damaligen Kanzlerkandidaten Friedrich Merz, der während des Wahlkampfes am 29. Januar 2025 einen Antrag zur Asylverschärfung in den Bundestag einbrachte. Am 24. Januar hatte er verschärfende migrationspolitische Anträge angekündigt »unabhängig davon, wer ihnen zustimmt«.¹ Am Ende waren es die FDP und AfD. Damit hatte eine demokratische Partei, nämlich die CDU, zum ersten Mal seit 1945 auf Bundesebene zusammen mit den Stimmen einer rechtsextremen Partei Mehrheiten geschaffen.

Die Parteien der Mitte normalisieren damit exakt jene Positionen, für die die AfD *ownership* genießt und für die sie vor wenigen Jahren noch berechtigterweise angeprangert wurde. Grenzkontrollen sind inzwischen Realität und die Absenkung von humanitären Standards im Asylrecht ebenfalls. Letzteres wurde als kollektives Learning aus der Shoah institutionalisiert. Deutschland schafft derzeit also zivile Errungenschaften aus seiner bitteren Vergangenheit ab.

Was den Demokrat:innen der Regierungsparteien dabei nicht auffällt: Sie setzen damit genau jene migrationspolitischen Forderungen um, die Anti-Demokrat:innen seit Jahren einfordern. Doch die Übernahme rechtsextremer Forderungen ist nicht bloß eine migrationspolitische Herausforderung, sie ist auch ein massiver Eingriff in die Erinnerungspolitik des Landes. Sowohl der AfD-Ehrenvorsitzende Alexander Gauland als auch Björn Höcke, AfD-Vorsitzender der Landtagsfraktion in Thüringen, haben eine solche Wende in der Erinnerungspolitik schon vor Jahren gefordert. Offensichtlich nicht bloß gefordert, sondern gewissermaßen auch prophezeit.

Es ist kaum zu erwarten, dass eine neu gewählte Bundesregierung unter Friedrich Merz diese Entwicklung korrigiert. Im Gegenteil: Merz wird sie beschleunigen und verschärfen. Während des Wahlkampfes zu Beginn des Jahres 2025 hatte er nicht mit integrationspolitischen Knalleffekten gespart. In einem Interview mit der *Welt am Sonntag* stellte er beispielsweise die Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft bei Menschen mit einer doppelten Staatsbürgerschaft zur Disposition. Die doppelte Staatsbürgerschaft ist eine Errungenschaft aus dem Jahr 1999, der ein langer Kampf vorausgegangen war. Die Ankündigung, sie aberkennen zu wollen, könnte Merz zudem in eine Sackgasse führen. Wenn er sie politisch umsetzen kann, ist das ein tiefer Einschnitt in die liberalen Prämissen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Schafft er es nicht, wird die AfD sein »Scheitern« ausschlachten und sich wieder einmal als einzige Alternative heroisieren. Beide Szenarien bedeuten einen Abbau von Demokratie.

Der restriktive Migrationsdiskurs verschärft die Konfliktlage auch in Hinblick auf das durch die Ampelregierung neu geschaffene Fachkräfteeinwanderungsgesetz, im Zuge dessen bilaterale Abkommen mit potenziellen Ausbildungsländern geschlossen wurden. Damit sollen nicht nur Anwerbe- und Einreiseprozesse vereinfacht, sondern gezielt der Migrationsbedarf, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, abgedeckt werden. Doch nicht nur die bürokratischen Hürden machen Arbeitgeber:innen immer noch Sorgen, sondern auch die Weitermigration von internationalen Fachkräften sowie die gestiegene Konfliktbelastung am Arbeitsplatz. Der Anstieg von Wähler:innen rechtsextremer Parteien bedeutet für viele Betriebe, dass auch der Anteil von Menschen mit entsprechenden Positionen in der Belegschaft steigt – von Fachangestellten bis zu Führungskräften. Der Anwerbebedarf geht unweigerlich mit einem erhöhten Konfliktpotenzial zwischen rechten und eingewanderten Angestellten einher.

Internationale Arbeits- und Fachkräfte stellen Deutschland ohnehin ein schlechtes Zeugnis aus. In einer Untersuchung, die die Attraktivität des Lebens von qualifizierten Fachkräften in 53 Ländern unter die Lupe nimmt, rangierten wir 2023 auf Platz 49 und 2024 auf Platz 50. Als Gründe für die negative Bewertung werden Mängel in der Bürokratie, Verwaltung und Infrastruktur (Internetanschluss und -geschwindigkeit) genannt, aber auch Diskriminierung und Rassismus im Alltag.² Letztere nehmen am Arbeitsplatz zu, wenn sich der rechtsextreme Teil der Belegschaft durch einen migrationsfeindlichen Kurs in der Mitte der politischen Landschaft ermächtigt fühlt, auf migrantische Kolleg:in-

nen herabzuschauen und nationalistische Besitzansprüche zu stellen: »So macht man das in unserem Land!« Oder: »Ihr seid hier nur Gäste, handelt dementsprechend!« Die Rechtsradikalisierung der migrationspolitischen Debatte erzeugt Ansprüche auf ein Vorrecht, begründet im biologischen und kulturellen Deutschsein. Das hat wiederum eindeutige wirtschaftliche Effekte: *erhöhter Ressourceneinsatz* für Konfliktmoderation und *erhöhter Ressourcenverlust* durch Langzeitkrankmeldungen, Arbeitgeberwechsel, internationales Weiterwandern und somit Verschärfung des Migrationsbedarfs.

Migrant:innen als Ressource der Zukunft versus »Fluten« und »Ströme«

Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund ist genau dort besonders hoch, wo der Demografie-Schuh drückt, bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Nüchtern betrachtet sind migrantische Communitys also *die* Zukunftsressource für Deutschland, das ohne sie noch stärker altern und schrumpfen würde. Wichtig dabei ist der Plural: Es sind nämlich verschiedene migrantische Communitys, die unterschiedliche Geschichten im Ankommen und Zusammenleben haben und auch sehr variabel im Umgang mit ihren Herkunftsländern sind.

Wenn wir die Menschen mit Migrationshintergrund zunächst aber noch einmal homogen clustern und die Entwicklung der vergangenen Jahre nachzeichnen, wird einmal mehr deutlich, wohin

die Reise für Deutschland geht. Es ist nämlich weniger die viel zitierte und angstbeladene Islamisierung Deutschlands zu beobachten, dafür aber eine – wie eingangs erwähnt – deutliche Migrantisierung.

2023 waren laut Statistischem Bundesamt 24,9 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund wohnhaft in der Bundesrepublik. Das ergibt einen Anteil von 29,7 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Sprich, jede dritte Person, die uns auf der Straße begegnet, hat einen Migrationshintergrund. Wobei dieser Wert im Jahr 2025 womöglich schon überholt sein wird. Die Tendenz ist nämlich rasant steigend.

Ein genauer Blick auf den Migrantisierungstrend der zurückliegenden Jahre ist aufschlussreich. Zwischen 2005 und 2009 lag eine geringe Zunahme von 600 000 mehr Menschen mit Migrationshintergrund vor. 2009 zählte Deutschland insgesamt 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. 2013 lag die Zahl bereits bei 16,5 und 2017 bei 20,3 Millionen Menschen. In diesen Jahren hat Deutschland einen substanziellen Migrationsschub erfahren, insbesondere, aber nicht nur durch internationale Krisen und Konflikte. Nach 2017 stieg die Anzahl kontinuierlich an, 2021 hatte jeder: Vierte einen Migrationshintergrund, 2023 jede:r Dritte.

In 14 Jahren, von 2009 bis 2023, gab es folglich einen Zuwachs von etwa zehn Millionen Menschen. Für ein Land, das sich entgegen allen gesellschaftlichen Realitäten erst Mitte der Nullerjahre in seiner Rolle als Einwanderungsland angenommen hat, stellt das eine massive Transformation dar.

Auch die Daten des World Migration Report der Vereinten

Nationen aus dem Jahr 2022 bestätigen die Migrantisierung Deutschlands: »Deutschland ist mit fast 16 Millionen internationalen Migrant:innen zum zweitwichtigsten Zielland geworden.«³ Mit Saudi-Arabien und den Vereinigten Staaten bildet Deutschland eines der Top-drei-Länder für internationale Migration. Wichtig dabei ist: Internationale Migration umfasst alle Migrationskategorien, nicht nur Fluchtmigration.

Mit Blick auf Fluchtmigration zählt Deutschland im Verlauf von 15 Jahren zu den Top-fünf-Aufnahmeländern, neben Pakistan, Uganda, Sudan und der Türkei. Mit einer absoluten Zahl von etwas mehr als einer Million Geflüchteten rangierte Deutschland 2020 auf Platz vier. Der World Migration Report 2024 zeigt, dass Deutschland von 2021 bis 2022 auf Platz drei geklettert ist, nach dem Iran und der Türkei. Zwischen 2005 und 2012 rangierte Deutschland interessanterweise auf Platz zwei, hinter Pakistan. Wir waren in diesem Zeitraum offensichtlich viel zu sehr mit Finanzkrisen befasst, als dass wir Fluchtmigration hätten skandalisieren können. Es gab auch keine in Teilen gesichert rechtsextreme AfD, die Migrationspolitik ständig auf die Agenda setzte und damit demokratische Parteien vor sich hertrieb.

Das strategisch verbreitete rechte Narrativ von Deutschland als »Sozialstaat für alle« ist allerdings falsch. Schon allein, dass sich global 70 Prozent der Geflüchteten in benachbarten Ländern aufhalten, zeigt, dass nicht »alle zu uns wollen«. Dieses Ergebnis des World Migration Reports 2024 bricht auch mit der Annahme und der medialen Darstellung, dass die große Mehrheit durch den Globalen Norden aufgenommen wird.

Zurück zu den 24,9 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland: 2023 war die Hälfte im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft. Sie gelten rechtlich als Deutsche mit Migrationshintergrund und haben einen Anteil von 14,8 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Auf der anderen Seite gelten 13,9 Millionen Menschen rechtlich als nicht-deutsche Personen mit Migrationshintergrund. Dies entspricht gesamtgesellschaftlich einem Anteil von 16,6 Prozent. Dieser Anteil lag zur Bundestagswahl 2021 noch knapp unter 14 Prozent.

Ein Gedankenspiel: Unter diesen 16,6 Prozent der nicht-deutschen Migrationshintergründer:innen sind 2,6 Millionen Menschen unter 20 Jahre alt. Lassen wir die einmal in der Statistik unberücksichtigt, weil ein großer Teil (auch mit deutschem Pass) altersbedingt noch nicht wahlberechtigt wäre. Wenn die verbleibenden 11,3 Millionen nicht-deutsche Migrationshintergründer:innen demnächst eingebürgert würden, stiege die Zahl der aktuell 59,2 Millionen Wahlberechtigten in Deutschland auf 70,5 Millionen an. Der Anteil der dazukommenden »neuen Deutschen« läge bei 16 Prozent. Wenn ohne weitere Migration nur diese 16 Prozent in den kommenden Jahren die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen und bekommen würden, dann würden Deutsche mit Migrationshintergrund bei den nächsten Bundestagswahlen eine politische Kraft von rund 27 Prozent ausmachen. Sie wären *Gamechanger*, und das bei einer konservativen Schätzung, also ohne weitere Migration und ohne nachrückende 15- bis 20-Jährige, die zu etwa 40 Prozent einen Migrationshintergrund haben.

Der Migrationsforscher Hein de Haas und sein Team stellen 2019 mit globalen Datensätzen dar, dass im historischen Verlauf lediglich die *long-distance migration*, sprich, die Migration über größere Distanzen, zunimmt.⁴ Heißt im Umkehrschluss, gegenwärtig ist keine Zunahme globaler Migration über kurze und mittlere Distanzen festzustellen. Das widerspricht den besonders gefühlig geführten Migrationsdebatten, wie wir sie spätestens seit Thilo Sarrazin und seinem Buch »Deutschland schafft sich ab« Ende der Nullerjahre erleben. Sie sind geprägt von migrationsfeindlicher Rhetorik: Im Zusammenhang mit Migration wird dabei häufig von »Fluten« und »Strömen« gesprochen. Beide Begriffe sind rhetorische Stilmittel, die gepaart mit Videos oder Bildern von Menschenmassen an Grenzen, Mauern oder Bahnhöfen Ängste schüren sollen. Muslimische und Schwarze Männer stehen dabei besonders im Fokus, weil sie historisch als »kulturell bedingt« gewaltbereit und hypersexuell markiert sind. Auch öffentlich-rechtliche Medien und Politiker:innen aller Parteien haben mit diesen Angstbildern gearbeitet. Ganz zu schweigen von Plattformen wie X oder TikTok.

Entgegen allen empirischen Befunden findet damit seit Jahren eine analog und digital betriebene Wahrnehmungskampagne statt, für die sich die politische Mitte und die Medienlandschaft als anfällig und reaktionär erwiesen haben. Was in Deutschland selbst im demokratischen Parteienspektrum also fehlt, ist die Anerkennung, dass Deutschland zunehmend migrantischer wird bei gleichzeitiger Anfälligkeit für angstgetriebene Narrative bezüglich Migration.

Hinzu kommt, dass sich die Berliner Republik samt ihrer föderalen Struktur nicht auf die Realitäten einer Einwanderungsgesellschaft eingestellt hat. Jeder internationale Migrationsschub führte zu einer tatsächlichen oder gefühlten Überlastung in Bund, Land und Kommunen. Das Jahr 2023 (und teilweise auch 2024, um nur auf die jüngste Vergangenheit zu schauen) war medial von einer thematischen Dominanz überforderter Kommunen geprägt. Politische Talkshows überschrieben ihre Gesprächsrunden häufig mit den Themen Asyl und Migration.

Andererseits offenbart eine Studie, dass 60 Prozent der Kommunen angaben, nicht durch Migration überfordert zu sein. Durchgeführt hat die Umfrage ein Forschungsteam um Hannes Schamann von der Universität Hildesheim im Auftrag der Plattform Mediendienst Integration.⁵ Das Ergebnis soll selbstverständlich die Überforderung der übrigen Kommunen nicht schmälern. Im Gegenteil, es beweist vor allem, wie schlecht sich Deutschland infrastrukturell auf Migration als Kontinuität vorbereitet hat – und dass man die Notwendigkeit, dieses Versäumnis strategisch ohne blinden Aktionismus zu beheben, immer noch nicht erkannt hat.

Migrantisch ist nicht gleich migrantisch

Wird im politischen Diskurs Migration permanent problematisiert, betrifft das nicht nur Menschen, die neu nach Deutschland einwandern, hier Asyl beantragen oder im Zuge einer Familienzusammenführung einreisen wollen. Es betrifft im Grunde alle